



Telefonieren und Fahrradfahren gleichzeitig ist künftig nur mehr mit Freisprecheinrichtung möglich. Ab 1. Jänner gilt: Eine Hand am Lenker, die andere muss für Handzeichen frei bleiben. Foto: Cremer

## Handyverbot für Fahrradfahrer fix

Keine Nummerntafeln, 0,8-Promille-Grenze bleibt

Wien – Wer sein Fahrrad bereits eingewintert hat und im Frühjahr wieder besteigt, wird dann einige gesetzliche Neuerungen beachten müssen. Am Dienstag endete die Begutachtungsfrist einer Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO). Die zahlreichen Änderungen sollen frühestens im Jänner 2013 in Kraft treten.

Weil eine Hand lenken und die andere für Handzeichen frei bleiben muss, ist es künftig verboten, auf dem Fahrrad mit dem Handy zu telefonieren. Allerdings soll, wie für Autofahrer auch, das Telefonieren mit Freisprecheinrichtung erlaubt sein.

Nicht kommen soll eine Senkung der Promillegrenze, die vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) gefordert wurde. Weil sich die Mehrheit der Experten gegen die Senkung von derzeit

gültigen 0,8 Promille auf 0,5 ausgesprochen hat, bleibt die alte Grenze bestehen, begründet das Verkehrsministerium.

Auch die Kennzeichnungspflicht mit Nummerntafeln für Radfahrer, was vor allem von der FPÖ lanciert wird, ist vom Tisch. Dafür können Städte und Gemeinden eigene Fahrradstraßen schaffen, wo die Radler gegenüber den Autofahrern bevorzugt werden. In Einzelfällen wird die Radwegenbenützungspflicht aufgehoben.

Für die Freiheitlichen geht das Paket nicht weit genug, sie fordern zusätzlich zu den Nummerntafeln eine Pflichtversicherung für Radfahrer. Die ÖVP zeigt sich zwar erfreut über das Handyverbot, beklagt aber, dass es bei der alten Alkoholgrenze bleiben soll. Der ÖAMTC bezweifelt, dass Fahrradstraßen notwendig sind. (red)

### KURZ GEMELDET

SALZBURG

#### Felix Baumgartner wegen Faustschlags verurteilt

Salzburg – Der Extremsportler Felix Baumgartner ist am Dienstag wegen Körperverletzung am Salzburger Landesgericht schuldig gesprochen worden. Baumgartner hatte 2010 einem griechischen Lkw-Fahrer bei einem Streit einen Faustschlag versetzt. Der Stratospringer hatte Berufung eingelegt, nachdem er im April zu einer Geldstrafe von 1500 Euro und 300 Euro Schmerzensgeld verurteilt worden war. Das Ersturteil wurde bestätigt und ist rechtskräftig. (rupe)

ÖSTERREICH

#### Verfassungsgerichtshof tadelt Asylgerichtshof

Wien – Behauptet ein Asylwerber, in seiner Heimat sexuellen Übergriffen ausgesetzt gewesen zu sein, muss der Asylgerichtshof diesen Fall sofort einem Richter bzw. Senat gleichen Geschlechts übertragen. Das stellt der Verfassungsgerichtshof (VfGH) in einem Erkenntnis zur Beschwerde einer Kosovarin fest, wobei mehrere Beschwerden zu der Frage vorliegen. Beim Asylgerichtshof war man davon ausgegangen, dass sich die Zuständigkeit von Richtern gleichen Geschlechts erst ergibt, wenn sich die Durchführung einer mündlichen Verhandlung als nötig erweist. (APA)

NIEDERÖSTERREICH

#### Keine aktuelle Stunde zur „Causa Hypo“

St. Pölten – Eine aktuelle Stunde zur „Causa Hypo NÖ“, wie von den niederösterreichischen Grünen gefordert, findet in der Landtagssitzung am Donnerstag in St. Pölten nicht statt. VP, SP und FP hätten den Versuch nicht unterstützt, sagte Klubchefin Madeleine Petrovic. Die Grünen fordern auch einen U-Ausschuss. (APA)

STIEIERMARK

#### Wiederholungstäter nach Mordversuch verhaftet

Murau – Drei Tage, nachdem er wieder bei seiner Mutter eingezogen war, soll ein einschlägig bekannter 33-Jähriger im Bezirk Murau erneut ausgerastet und seinen Stiefvater attackiert und gewürgt haben. Die Polizei nahm ihn fest. Der Mann hatte wegen des gleichen Delikts an seinem Vater bereits mehrere Jahre in einer Anstalt verbracht. (APA)

# Ärzte gegen „Ausdünnung“ des Systems

Die Ärzteschaft mobilisiert gegen die für 2013 geplante Gesundheitsreform. Diese sei keine Reform, sondern ein reines Sparprogramm mit verheerenden Folgen für Patienten und Mediziner. Letztlich drohe in Österreich eine „Amerikanisierung“ der Gesundheitsversorgung.

Verena Langegger  
Thomas Neuhold

Innsbruck/Salzburg – Karl Forstner, Präsident der Salzburger Ärztekammer, findet starke Worte: Die Gesundheitsreform sei „nichts anderes als ein großes Sparprogramm im Gesundheitswesen und ein Machwerk machtbessener, zentralistischer Politiker“.

Forstner und Kollegen mehrerer anderer Länder-Ärztekammern kritisieren die zwischen Bund, Ländern und Sozialversiche-

rungsträgern ausgehandelten Einsparungen in der Höhe von 3,4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016.

Diese Summe ist Teil des Stabilitätspaktes, den Österreich nach Brüssel gemeldet hat. Sie soll sich aus der Koppelung der öffentlichen Gesundheitsausgaben im Aufteilungsschlüssel 60:40 zwischen Ländern und Sozialversicherung an das Bruttoinlandsprodukt ergeben. Bis 2020 sollen dann elf Milliarden Euro eingespart werden.

Aktuell verwerfe die Regierung gerade ihr eigenes Regierungsprogramm, beklagt auch der Präsident der Tiroler und der Österreichischen Ärztekammer, Artur Wechselberger. In der Vereinbarung sei noch von „Gesundheitszielen“ die Rede, SPÖ und ÖVP wollten in der Regierungsperiode 2008 bis 2013 Krankheiten von Herzinfarkt über Diabetes bis zu Übergewicht den Kampf ansagen. Jetzt aber werde allein an der Kostenschraube gedreht: „Unter dem Namen Gesundheitsreform werden wesentliche Versorgungsziele geopfert.“

Die Salzburger Ärztekammer zeichnet die Folgen des Programms in düsteren Farben. Die heute schon „unerträglichen Arbeitsbedingungen“ in den Spitälern würden sich „dramatisch

verschlechtern“. Nulllohnstunden und Absenkungen der Lebensverdienstsummen würden zu einer weiteren Abwanderung führen; schon jetzt würden 700 Ärzte jährlich das Land verlassen. Eine Bestandsgarantie für Spitäler sei so nicht aufrechtzuerhalten.

Ähnlich katastrophal sehen die Mediziner die Entwicklung bei den niedergelassenen Ärzten. In Tirol etwa drohe die Einstellung des Nachtbereitschaftsdienstes der Sprenghausärzte. Erst 2011 wurde dieses Pilotprojekt zur Entlastung der Ambulanzen und Notärzte eingeführt.

Das Sparprogramm gefährde – neben dem bekannten Nachwuchsmangel bei den Hausärzten in ländlichen Regionen – nun auch die wohnortnahe Versorgung durch Kassenfachärzte. Allein in Tirol fehlten schon 80 Kassenärzte. Madi Ramen, er vertritt die niedergelassenen Ärzte in der Tiroler Kammer, warnt vor „Polikliniken“ – Ärztehäusern, in größeren Orten.

#### Privatmedizinischer Sektor

Die Salzburger Ärztevertreter sehen eine „schleichende Ausdünnung“ des Gesundheitssystems. Der steirische Ärztekammervize Martin Wehrschütz meint, dass es nicht „ohne Rationierungen der medizinischen Leistungen“ gehen werde.

Die Nachfrage werde aber nicht sinken, folglich werde sich ein privatmedizinischer Sektor entwickeln, prognostiziert die Salzburger Standesvertretung. Somit sei aber der Wahlarztrückersatz gefährdet, der derzeit eine untergeordnete Rolle in den Budgets spiele. „Wird er ein bedeutender Kostenfaktor, so kann er durch einfache Mehrheit im Parlament gänzlich abgeschafft werden“, warnt der Salzburger Ärztevize Walter Arnberger. Was bleibt, sei eine Amerikanisierung mit oft nur rein privat finanzierter medizinischer Hilfe. Die Leidtragenden seien dann vor allem ältere Patienten und chronisch Kranke.

## Blaulichtfunk und Antisemitismus vor Richter

Ex-Strasser-Mitarbeiter unterliegt in Medienverfahren – FP-Jungpolitiker gewinnt

Michael Möseneder

Wien – Darf man Wolfgang Gattringer, Kabinettsmitarbeiter von Ex-Innenminister Ernst Strasser (ÖVP), als Teil eines „Kleeblatts der Korruption“ bezeichnen? Ja, sagt zumindest am Dienstag Richter Stefan Apostol am Wiener Landesgericht. Gattringer hatte Österreich verklagt und wollte eine Gegendarstellung erreichen, nachdem die Tageszeitung über das Dossier eines anonymen Informanten berichtet hatte, das BZÖ-Abgeordneter Stefan Petzner den Medien zugespielt hatte.

Der unbewiesene Inhalt: Gattringer habe bei der Vergabe des „Blaulichtfunks“ getrickelt. Sein Anwalt Michael Rami versucht Apostol zu überzeugen, dass das nicht in Ordnung sei. Sein Argument: Es werde nur eine anonyme Stimme wiedergegeben, die noch

dazu lediglich einen Verdacht äußert. Denn Beweise gibt es nicht.

Österreich-Anwältin Katharina Raabe-Stuppig kontert: Es sei nur berichtet worden, was in Petzners „Dossier“ stehe, und dort sei eben vom „Kleeblatt der Korruption“ die Rede.

Das Dossier hat sich Apostol vom zuständigen Staatsanwalt, der sich nach einer Anzeige Petzners mit dem Fall beschäftigt, geholt. Und daher schließt er sich der Meinung der Anwältin an: Nicht nur dass lediglich das Dossier wiedergegeben wurde – es ist „der Sachverhalt auch von öffentlichem Interesse“, wie er ausführt. Der Antrag wird daher – nicht rechtskräftig – abgewiesen.

Mit der mehr oder minder hohen Politik durfte sich der Richter auch anschließend beschäftigen. Auch Dominik Nepp, Wiener FP-Gemeinderat und Vorsitzender

des Rings Freiheitlicher Jugend, hat Österreich verklagt. Wegen eines Artikels, laut dem er gegen die Grünen-Abgeordnete Alev Korun vor Gericht verloren habe.

Der Hintergrund: Nepp wurde in einer Aussendung der FPÖ unter anderem mit dem Satz zitiert: „Ihre sogenannten Integrationsbeauftragten wie Frau Korun stellen antisemitische Videos auf ihre Homepage.“ Nur: Korun hat überhaupt keine eigene Homepage. Sie klagte die FPÖ medienrechtlich und gewann – allerdings wurde nicht Nepp selbst verurteilt, wie Österreich schrieb.

In der nunmehrigen Verhandlung verriet der Jungpolitiker übrigens, dass es vorkommen könne, dass ein Pressesprecher Zitate in eine Aussendung schreibe und er sie ohne Kontrolle freigebe.

Apostol stimmt Nepp, nicht rechtskräftig, zu, Österreich muss eine Gegendarstellung drucken.

### KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL

#### JEUNESSE X IN DER GARAGE X

ALMA  
Vollmondkonzert mit Visuals  
Einlass 20 Uhr, Beginn 20.30 Uhr

Garage X, 1., Petersplatz 1, Karten & Infos:  
Jeunesse, T. 01/505 63 56, www.jeunesse.at  
WIEN



© Dalia Spiegel

#### VORTRAG

##### Carole Naggar: »Lives of Chim«

Carole Naggar, Künstlerin und Fotohistorikerin, spricht über das abenteuerliche Leben des polnisch-amerikanischen Fotografen David Seymour, auch bekannt als „Chim“, Mitbegründer der legendären Foto-Agentur Magnum. Eintritt frei

WestLicht. Schauplatz für Fotografie, 19 Uhr, 7., Westbahnstr. 40  
WIEN



Foto: David Seymour/  
Magnum

bezahlte Anzeigen  
Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479  
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at